

Zu Punkt **der Tagesordnung**

Interfraktioneller Antrag		0195/2010 öffentlich 26.02.2010
Datum	Gremium	Antragsteller/in
Ö 18.03.2010 Ratsfraktion	Ratsversammlung	Ratsherr Stadelmann, SPD
	Ratsherr Oschmann, Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, RatsfrauDanker, SSW	
Betreff: Keine Schuldenbremse des Landes auf Kosten der Kommune		

Antrag:

Die Kieler Ratsversammlung appelliert an die Fraktionen im Schleswig-Holsteinischen Landtag bei einer Beschlussfassung über eine in der Landesverfassung zu verankernden Schuldenbremse sicherzustellen, dass es zu keiner weiteren Lastenverschiebung auf die Kommunen kommt und eine Lösung für die Altschuldenproblematik gefunden wird.

Begründung:

Im Schleswig-Holsteinischen Landtag ist man sich einig, in die Landesverfassung eine eigene verbindliche „Schuldenbremse“ aufzunehmen. Es liegen mehrere Gesetzesformulierungen vor, über die zwischen den Fraktionen noch verhandelt wird. Für eine entsprechende Änderung der Verfassung ist eine 2/3 Mehrheit des Landtages notwendig.

Die Kürzung der Großen Koalition bei der Finanzausgleichsmasse um jährlich 120 Mio. Euro hat die Kommunen in Schleswig-Holstein vor große Probleme gestellt. Die neue Landesregierung wird den Eingriff nicht zurücknehmen, so dass den Kommunen die 120 Mio. Euro dauerhaft fehlen.

Bei der katastrophalen Haushaltslage des Landes haben Regierung und Mehrheitsfraktionen große Schwierigkeiten die jährlichen Vorgaben einer Schuldenbremse in Form einer Absenkung der Nettoneuverschuldung zu erfüllen. Es muss aber sichergestellt werden, dass die Kommunen durch die Ausgestaltung einer Schuldenbremse nicht weiter belastet werden.

Wird eine Schuldenbremse nur so ausgestaltet, dass das Land sie isoliert erreicht – evtl. auch durch Verschiebungen auf die kommunale Ebene – ist nichts gewonnen. Föderal zählen Land und seine Kommunen als Einheit. Entweder wir erfüllen die verfassungsrechtlichen Forderungen nach soliden Haushalten gemeinsam oder wir erfüllen sie gar nicht. Die Schuldenbremse kann nicht allein der politischen Kosmetik dienen. Wir erwarten von der Mehrheit des Landtages, dass es ernsthaft um die finanzpolitische Zukunft von Land und Kommunen geht. Hierzu muss auch gehören, dass es im Zusammenhang mit der Schuldenbremse eine Antwort auf die Altschuldenproblematik der schleswig-holsteinischen Kommunen gibt. An-

sonsten würden schon die Zinslasten der großen Städte im Land verhindern, dass Regelungen zur Schuldenbegrenzung jemals aus der Welt der politischen Wünsche in die der politischen Realität übertreten werden.

gez. Falk Stadelmann

f.d.R.

gez. Lutz Oschmann

f.d.R.

Antje Danker